

Antrag

der Fraktion der CDU

Zur Lage der inneren Sicherheit in Thüringen, Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Landtag über die Sicherheitslage im Freistaat umfassend zu unterrichten;
2. zur Erarbeitung und Umsetzung eines Sofortprogramms zur Stärkung der Polizei mit dem primären Ziel, dem gegenwärtig gestiegenen Bedarf an Vollzugsbeamten gerecht zu werden und die bestehenden Personaldefizite auszugleichen, das Sofortprogramm ist unter Berücksichtigung folgender Punkte umzusetzen:
 - a) Einstellung und Ausbildung von jeweils 255 Polizeianwärtern in den Jahren 2017, 2018 und 2019 durch Schaffung einer Ausbildungshundertschaft bei der Bereitschaftspolizei;
 - b) Ausbau der Kapazitäten für die Ausbildung von Polizeianwärtern mit dem Ziel, die Personalstärke bei der Polizei dauerhaft zu verbessern;
 - c) Verstärkung der Nachwuchsgewinnung durch Verbesserung der Anreize für die Ausbildung sowie der Attraktivität für den späteren Polizeidienst;
 - d) Optimierung des Bewerbungsverfahrens, um potenzielle Anwärter bereits zum 1. September des jeweiligen Jahres einstellen zu können;
 - e) Verbesserung der technischen Ausstattung, um der gestiegenen Gefährdungslage durch islamistische, aber auch linke und rechte Extremisten auf Augenhöhe begegnen zu können;
 - f) Durchführung einer umfassenden Aufgabenkritik, um die Polizei schnell und dauerhaft von der Wahrnehmung vollzugsfremder Aufgaben zu entlasten;
3. den Thüringer Verfassungsschutz personell und materiell zu stärken und der geänderten Sicherheitslage anzupassen;
4. den Informationsaustausch der Thüringer Sicherheitsbehörden untereinander sowie mit denen der Länder, des Bundes und der EU im Hinblick auf sogenannte Gefährder zu intensivieren;
5. die Befugnisse der Thüringer Sicherheitsbehörden zu erweitern:
 - a) Schaffung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine wirksame Überwachung verschlüsselter Kommunikation,
 - b) zur Vorbeugung vor terroristischen Aktivitäten dem Verfassungsschutz die Befugnis zur "Online-Durchsuchung" einzuräumen,
 - c) die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und an zentralen Orten auszuweiten,
 - d) die Anwendung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung für Gefährder sowie verurteilte und aus der Haft entlassene Extremisten, von denen weiterhin eine Gefahr ausgeht, zu prüfen;

6. zur Akzeptanz unserer Rechtsordnung auf die Durchführung zügiger Strafverfahren hinzuwirken;
7. zur konsequenten Abschiebung abgelehnter und straffälliger Asylbewerber in ihre Heimatländer - freiwillig oder durch Rückführung.

Begründung:

Der islamistische Terrorismus des sogenannten "Islamischen Staates" (IS) gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Er stellt eine fundamentale Bedrohung für ganz Europa, Deutschland und damit auch Thüringen dar und hat die Sicherheitslage in den letzten beiden Jahren massiv verändert. Die Anschläge von London, Madrid, Istanbul, Paris, Brüssel, Nizza, Würzburg, Ansbach und nun auch in Berlin stehen für hunderte von unschuldigen Opfern. Aber auch andere Phänomenebereiche haben zu einer Veränderung der Sicherheitslage im Freistaat und dem Erreichen der Belastungsgrenze unserer Polizei geführt. Rechtsextreme Delikte sowie linksextreme Gewalt, häufig im Zusammenhang mit Demonstrationen und die zunehmende Zahl von Attacken gegen Abgeordnetenbüros unterstreichen diesen Befund. Überdies prägen auch die international und vernetzt agierende Organisierte Kriminalität, immer komplexer werdende und ansteigende Einsatzlagen, die Zunahme der politisch motivierten Kriminalität, gestiegene Gewaltbereitschaft bei Versammlungslagen und Angriffe auf Polizeivollzugsbeamte die Sicherheitslage im Freistaat. Die Verteidigung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, unserer Werte und unseres Lebensstils gilt es mit aller Kraft, Geschlossenheit und Entschlossenheit anzugehen.

Hierzu bedarf es unbeschadet erforderlicher Anpassungen der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen personell und materiell gut aufgestellter Sicherheitsbehörden, die auch auf neue und komplexe Szenarien bestmöglich vorbereitet sind. Trotz dieser von der Fraktion der CDU bereits im vergangenen Jahr mehrfach formulierten Forderung mangelt es bei der Polizei und dem Verfassungsschutz weiterhin an ausreichendem Personal, um die innere Sicherheit nicht nur umfassend, sondern vor allem auch in Zukunft gewährleisten zu können.

Gegenwärtig leidet unsere Polizei unter dauerhafter Überbelastung durch Mehrarbeit und Überstunden aufgrund gesteigener Einsatzzahlen, aber auch wegen hunderter unbesetzter Dienstposten allein im Polizeivollzugsdienst. Kündigungen und Krankenstände haben dramatische Zahlen angenommen. Den jährlichen Altersabgängen stehen unzureichende Neueinstellungen gegenüber. Im Gegensatz zu anderen Ländern und dem Bund hat Thüringen bislang kein Konzept, wie in den kommenden Jahren das Personal bei der Polizei nachhaltig gestärkt und aufgestockt werden kann. Diesem Zustand muss dringend begegnet werden, andernfalls droht Thüringen ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko.

Um die innere Sicherheit zu gewährleisten und den geänderten Anforderungen auch in der Zukunft gewachsen zu sein, wird die Landesregierung zur Umsetzung der vorstehenden Maßnahmen aufgefordert.

Für die Fraktion:

Mohring